Vermarktungsreglement

vom 25. Mai 1937

Der Staatsrat des Kantons Wallis

auf Antrag des Finanzdepartementes und in Ausführung:

- a) des Artikels 3 der eidgenössischen Verordnung über die Grundbuchvermessungen vom 5. Januar 1934 und
- b) des Artikels 28 des kantonalen Dekretes vom 22. Mai 1914 betreffend die Grundbuchvermessungen,

beschliesst:

Art. 1

Die Ausführung einer Grundbuchvermessung schliesst die vollständige Revision der Vermarktung in sich.

Art. 2

Jedes Grundstück ist entsprechend den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften zu vermarken. Das vorliegende Reglement gibt Ausführungsbestimmungen zu diesen eidgenössischen und kantonalen Vermarktungsvorschriften.

Art. 3

Sobald die Grundbuchvermessung beschlossen worden ist, ernennt der Gemeinderat eine Vermessungskommission (vollziehender Ausschuss), die den Gemeinderat gegenüber der kantonalen Vermessungsbehörde und dem ausführenden Grundbuchgeometer vertritt (Art. 23 des kantonalen Dekretes betreffend die Grundbuchvermessungen).

Art. 4

Die Vermarktung darf nur Geometern anvertraut werden, die im Besitze des eidgenössischen Patentes für Grundbuchgeometer sind. In der Regel wird sie durch denjenigen Geometer vorgenommen, der die Grundbuchvermessung ausführt.

Art. 5

Die Verwaltung der Schweizerischen Bundesbahnen besorgt die Vermarktung ihrer Bahngrundstücke selbst (Art. 4 der Weisungen für die Vermarktung, Parzellarvermessung und Nachführung des Gebietes der Schweizerischen Bundesbahnen vom 29. August 1925.)

Art. 6

Die Vermarkung kann in Regie oder auf Akkord ausgeführt werden. Die eidgenössischen und kantonalen Vermessungsbehörden beschliessen nach erfolgter Verständigung mit der Gemeinde über die Art der Ausführung. Der Vertrag wird durch das kantonale Vermessungsamt abgefasst.

Art. 7

Wird die Arbeit auf Akkord vergeben, so gehen die Verpflichtungen des Vollziehungsausschusses, wie sie im kantonalen Dekrete betreffend die Grundbuchvermessungen vorgesehen sind, auf den übernehmenden Grundbuchgeometer über.

Art. 8

Die Vermarkung hat mit der Begehung und Festlegung der Gemeindegrenzen zu beginnen. Wenn die Gemeindegrenze ein Grundstück durchschneidet, so ist sie, wenn immer möglich, auf Grenzen des Grundstückes oder auf natürliche Grenzen (Bäche, Strassen, Wege, Eisenbahnen usw.) zu verlegen.

Art. 9

Vor Beginn der Vermessungsarbeiten hat der Geometer dem kantonalen Vermessungsamt das Protokoll über die Anerkennung der Gemeindegrenzen einzuhandigen. Dieses Protokoll enthält:

- a) die Namen der Gemeindeglieder;
- b) ihre Bevollmächtigung;
- c) das Datum der Begehungen;
- d) die Beschreibung der gegenwärtigen Gemeindegrenzen mit besonderer Angabe der Orte, wo diese Grenzen Häuser oder Grundstücke durchschneiden;
- e) die Beschreibung der Art der Vermarkung;
- f) gegebenenfalls die Beschreibung der strittigen Teile der Gemeindegrenze mit der Wiedergabe der Auffassungen der Parteien und der Beschlüsse der Gemeindevertreter;
- g) die Unterschriften des Geometers und der Gemeindeglieder;
- h) die Genehmigung des Protokolls durch die Gemeindeverwaltungen;
- i) als Beilagen: die von den zuständigen Gemeindeverwaltungen anerkannten Situationspläne derjenigen Gebiete, über die die Gemeindegrenzen geändert wurden.

Art. 10

Der Geometer schreitet sodann zur Verpflockung der Eigentumsgrenzen, wobei er mit den dem öffentlichen Gebrauch dienenden Grundstücken des Staates und der Gemeinde und der Eisenbahngrundstücke beginnt.

Der Geometer ist verpflichtet, anlässlich der Verpflockung die Grenzen der Grundstücke nach Möglichkeit zu verbessern durch:

- a) Gradlegung krummliniger Grenzen;
- b) bessere Verteilung der Flurwege;
- c) bessere Einteilung der Grundstücke, um dadurch eine rationellere Bearbeitung des Bodens zu ermöglichen;

- d) Verminderung der Grenzzeichen;
- e) Unterdrückung überflüssiger Wege;
- f) Bildung von Steinlinien soweit möglich;
- g) Verlegung der Gemeindegrenzen auf natürliche Grenzen usw.

Art. 11

Zur Verpflockung sind beizuziehen:

- a) das Baudepartement (Abteilung für Strassen-, Brücken- und Wasserbau) für Kantonsstrassen und die Rhone;
- b) die Gemeindeverwaltungen für die Grundstücke der Gemeinde;
- c) die Delegierten der Privatbahngesellschaften für ihre Bahngrundstücke;
- d) der Kreisforstinspektor für die Eigentums- und Abteilungsgrenzen von Gemeinde-, Burerschafts- und Genossenschaftswäldern.

Art. 12

Die Verpflockung der Bahn- und Strassengrundstücke soll in der Regel so ausgeführt werden, dass ihre Vermarkung von derjenigen der angrenzenden Grundstücke unabhängig ist. Im Hinblick auf die klare Darstellung der Grenzen in den Grundbuchplänen sind die Grenzzeichen der aufstossenden Grenzen nicht in die Grenze der Bahn- bzw. Strassenparzelle, sondern ein bis drei Meter zurück, wenn möglich in Steinlinien zu setzen.

Wo die Stirnseiten nebeneinanderliegender Grundstücke auf natürliche Grenzen bildende Bäche und Wasserleitungen stossen und keine geraden Steinlinien gebildet werden können, sind die Eigentumsrenzmarken in gleichen Abständen von der natürlichen Grenze zu setzen. Die Abstände sind mit Rücksicht auf den Massstab des Grundbuchplanes zu wählen, für den Massstab 1:500 mindestens ein Meter, 1:1000 mindestens zwei Meter usw.

Art. 13

Das Vermessungsgebiet wird für die Verpflockung in Abschnitte unterteilt, die nach Möglichkeit durch natürliche Grenzen bestimmt sind (Wege, Bäche usw.). Der Übernehmer verpflichtet sich, die Kulturen tunlichst zu schonen. Die zur Ausführung der Arbeiten günstige Zeit wird für jeden Abschnitt im Einverständnis mit der Vermessungskommission festgesetzt.

Art. 14

Auf Verlangen des Geometers hat die Vermessungskommission die Eigentümer durch amtliche Bekanntgabe aufzufordern, im Einverständnis mit den angrenzenden Grundbesitzern innert einer bestimmten Frist die bestehenden Grenzzeichen abzudecken und jeden Grenzpunkt mit einem Pflock zu bezeichnen, der den Namen des Grundeigentümers trägt. Die Gemeindeverwaltung ist befugt, gegen Eigentümer, die dieser Einladung nicht nachkommen, eine Busse von Fr. 1.– für jeden fehlenden Pflock auszufällen. Die Bussen werden in der Vermarktungsabrechnung der Gesamtheit der Grundeigentümer gutgeschrieben.

Nicht in der Gemeinde wohnende Eigentümer sind entsprechend dem kantonalen Dekrete betreffend die Grundbuchvermessung in Kenntnis zu setzen.

Art. 15

Wenn Eigentümer zwecks Umgruppierung Grundstücke auszutauschen wünschen, so haben sie ein bezügliches Begehren an den Geometer oder an den Steuerregisterhalter zu richten und einen das Tauschobjekt betreffenden Registerauszug samt dem Verzeichnis allfälliger Belastungen zu hinterlegen. Ein solcher Auszug ist an den Abschluss einer Übereinkunft, die nach den Weisungen des technischen und des juristischen Aufsichtsamtes des Kantons aufzustellen ist, gebunden.

Art. 16

Die Katasterpläne der Gemeinde dürfen unter keinen Umständen für die Ausführung von Arbeiten auf das Gelände mitgenommen werden. Der Geometer hat auf dem Felde Kopien dieser Pläne zu verwenden.

Art. 17

Die Eigentümer sind, entsprechend Artikel 13 lit. g der eidgenössischen Instruktion vom 10. Juni 1919 verpflichtet, die Wälder längs den Eigentumsgrenzen in genügender Breite, mindestens aber auf 50 cm beidseitig der Grenzen, zu entholzen. Der Gemeinderat hat diese Arbeit innert einer bestimmten Frist ausführen zu lassen; geschieht dies nicht, so lässt der Geometer das Öffnen der Grenzlinie auf Kosten der Gemeinde vornehmen.

Art. 18

Folgt eine Eigentumsgrenze der Hucht einer soliden Mauer, so dienen die Mauerpunkte ohne Anbringen künstlicher Grenzzeichen als Grenzpunkte. Solche Grenzpunkte sind mit Mennige-Farbe erster Qualität zu bezeichnen.

Art. 19

Strassen, Wege und Wasserfuhren, die Grundstücke beträchtlicher Ausdehnung, wie Wälder, Weiden, Alpen usw. durchqueren, können unvermarkt bleiben oder einseitig vermarkt werden. Der Geometer ist gehalten, solche Fälle dem kantonalen Vermessungsamte zum Entscheid zu unterbreiten.

Art. 20

Der Abstand zwischen zwei Grenzsteinen soll möglichst gross sein, darf aber in landwirtschaftlich genutzten Gebieten 150 Meter nicht überschreiten. Verhindert die topographische Gestalt des Terrains die Sicht von einem Markstein zum andern, so können Zwischenmarksteine gesetzt werden; die Zahl derselben muss aber möglichst beschränkt werden.

Künstliche Grenzzeichen, die sich als unnütz oder überflüssig erweisen, sind auf Kosten des Übernehmers zu entfernen und ihm nicht zu entschädigen.

Art. 21

Wenn keine besonderen Gründe, wie z. B. die im Artikel 91 der eidgenössischen Verordnung vom 22. Februar 1910 betreffend das Grundbuch genannten dagegen bestehen, vereinigt der Geometer aneinandergrenzende, dem gleichen Eigentümer gehörende Grundstücke zu einem Grundstücke.

Art. 22

Das Grundeigentum des Ehemannes soll von demjenigen seiner Frau getrennt sein. Grenzen mehrere dieser Grundstücke wechselweise aneinander, hat der Geometer die Interessenten einzuladen, die Grundstücke in zwei Parzellen zu vereinen; dabei sind die Vorschriften des Artikels 91 der eidgenössischen Verordnungen vom 22. Februar 1910 über das Grundbuch zu beachten.

Art. 23

Nach Beendigung der Verpflockungsarbeiten in einem Abschnitt des Vermessungsgebietes hat die Vermessungskommission auf den diesbezüglichen Bericht des Geometers hin die Interessenten durch zweimalige Veröffentlichung im Amtsblatt und am üblichen Ausrufungsorte, sowie durch Anschlag, einzuladen, von den Vermarktungsskizzen in einem vom Gemeinderat bezeichneten Lokale Einsicht zu nehmen und die verpflockten Grenzen ihrer Grundstücke anzuerkennen.

Zur Eingabe von Einsprachen, die in ein besonderes Register einzutragen sind, wird eine Frist von mindestens 15 Tagen, vom Tag der ersten Publikation an gerechnet, eingeräumt. Nach Ablauf dieser Frist wird angenommen, die nicht einsprechenden Eigentümer seien mit der Verpflockung ihrer Grundstücke einverstanden. Die Kosten von Verpflockungs- und Vermarktungsänderungen, die aus verspätet, z. B. anlässlich der Anerkennung der Vermarktung (Art. 33), eingehenden Einsprachen erfolgen, haben die Einsprecher zu tragen.

Die hinterlegten Einsprachen sind durch die Vermessungskommission zu erledigen, gemäss Artikel 34 des Dekretes vom 22. Mai 1914 betreffend die Grundbuchvermessungen.

Nicht in der Gemeinde wohnende Eigentümer werden entsprechend dem kantonalen Dekrete betreffend die Grundbuchvermessungen in Kenntnis gesetzt.

Art. 24

Die Eigentümer können innert der in Artikel 23 vorgesehenen Frist noch Gesuche um Gradlegung von Grenzen mit gegenseitigem Flächenausgleich stellen.

Art. 25

Der Geometer hat im Einverständnis mit der Vermessungskommission die Marksteine im Steinbruch oder am Lager zu untersuchen und schlecht geformte Steine, oder solche, die in ihren Dimensionen den eidgenössischen Vorschriften nicht entsprechen zurückzuweisen. Der übernehmende Geometer ist gegenüber der Vermessungsaufsicht allein verantwortlich hinsichtlich der Einhaltung der eidgenössischen und kantonalen Vermarktungsvorschriften.

Art. 26

Nach Durchführung der Ausschreibung gemäss Artikel 23 und nach Erledigung der Einsprachen werden die Grenzzeichen gesetzt. Für das Material, die Form und die Dimensionen der Grenzzeichen gelten die Bestimmungen der eidgenössischen Vermarktungs- und Vermessungsinstruktion vom 10. Januar 1919.

211.606

- 6 -

Das Steinmaterial, das zur Herstellung der Grenzsteine dient, muss vom kantonalen Vermessungsamt anerkannt sein.

In der Regel kommen Trockenmauern als natürliche Grenzen nicht in Betracht.

Art. 27

Die Eigentumsgrenzsteine sollen in der Regel mindestens 3 cm und höchstens 7 cm aus der Erde hervorragen. In Baugebieten sind die Marksteine in der Regel bodeneben zu setzen. Sofern das Setzen von Marksteinen in offenen Wasserleitungen nicht umgangen werden kann, sind die Steine so zu setzen, dass sie den Lauf des Wassers nicht hindern.

Art. 28

In Wäldern und Berggegenden werden an Stelle künstlicher Grenzzeichen in Fels, Lagersteine oder gesetzte Felsblöcke eingehauene Kreuze vorgezogen. Die verwendeten Steine müssen gut befestigt im Boden liegen bzw. gesetzt sein und die Kreuze sind genügend gross (Arm ungefähr 8 cm, Tiefschnitt 2 cm) einzuhaueu und mit Mennige erster Qualität zu bestreichen.

Art. 29

In Städten und Dörfern sind die Eigentumsgrenzen zwischen aneinander gebauten Gebäuden wenn immer möglich durch Metallbolzen oder sauber ausgehauene Kreuze (Armlänge 3, resp. 4 cm), die über 30 bis 40 cm über dem Boden zu platzieren sind, zu vermarken. Bei Brandmauern sind an den beiden Enden Markzeichen anzubringen.

Art. 30

Die Metallbolzen dürfen aus Felsen, Mauern usw., in welche sie eingelassen werden, nicht mehr als um 5 Millimeter hervorragen. Auf Bürgersteigen (Trottoirs) sind sie bodeneben zu setzen.

Art. 31

Das Einlassen der Metallbolzen und das Aushauen der Kreuze haben durch Fachleute zu geschehen.

Art. 32

Der Geometer darf bestehende Grenzzeichen nur dann anerkennen, wenn die Prüfung ergibt, dass sie den eidgenössischen Vorschriften entsprechen.

Art. 33

Nach Abschluss der Vermarkung in einem bestimmten Gebietsabschnitt oder im ganzen Vermessungsgebiet ladet die Vermessungskommission durch zwei Publikationen am ortsüblichen Ausrufungsorte, durch Anschläge und durch zwei aufeinanderfolgende Inserate im Amtsblatt die Interessenten ein, die Vermarkung ihrer Eigentumsgrenzen zu besichtigen und anzuerkennen. Es wird eine Mindestfrist von 15 Tagen, vom Tage der ersten Publikation an gerechnet, eingeräumt, um schriftliche Einsprachen betreffend die Vermarkung geltend zu machen. Diese Anzeige soll die Eigentümer darauf aufmerk-

sam machen, dass nach Ablauf dieser Einsprachefrist keine Begehren auf Abänderung der Vermarkung mehr berücksichtigt werden.

Art. 34

Die Anerkennung, die Kostenaufstellung und die Kostenverteilung für die Vermarkung kann für jeden der in Artikel 13 genannten Gebietsabschnitte gesondert erfolgen, jedoch erst nachdem im Abschnitt die Arbeiten vollständig beendet sind. Die Kostenverteilung und die Ausfertigung der Rechnungen besorgt der übernehmende Geometer.

Die Gemeinde leistet sämtliche Vorschüsse.

Art. 35

Der Geometer ist verpflichtet, dem kantonalen Vermessungsamte alle von ihm verlangten Auskünfte über die Vermarkung zu erteilen.

Art. 36

Der Übernehmer hat zur Erleichterung der Verifikation ein Doppel der Vermarkungsskizzen an das kantonale Vermessungsamt abzugeben.

Art. 37

Der Übernehmer ist gehalten, während der Zeit der Vermarkungs- und Vermessungsarbeiten die Vermarkungsskizzen nachzuführen (Übertragung von Parzellen, Teilungen usw.). Diese Nachführung hat alljährlich zu geschehen. Der Steuerregisterhalter hat dem Geometer unentgeltlich die hierzu notwendigen Aufschlüsse zu erteilen. Der Geometer bezieht für die Entgegennahme dieser Aufschlüsse keinerlei Entschädigung.

Art. 38

Das vorliegende Reglement wird dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zur Genehmigung unterbreitet. Dasselbe wird als Sonderdruck herausgegeben.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 25. Mai 1937.

Der Präsident des Staatsrates: **M. Troillet**
Der Staatskanzler: **R. de Preux**

Genehmigt durch das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 2. Juni 1937 und promulgiert vom Staatsrate am 22. März 1938, um sofort in Kraft zu treten.